

Wie wär's mit einer Abzocker-Initiative, Mr. Stronach?

Markiert der Erfolg des Schweizer Referendums zur Beschränkung von Managergehältern und Boni den Auftakt einer neuen Internationale? Und: Was würde wohl passieren, wenn eine Austro-Oppositionspartei diese Forderung auf ihre Agenda setzte?

Alexander Dill

Der überwältigende Sieg der Abzocker-Initiative in der Schweizer Volksabstimmung zeigt: Die Schweiz ist sozialistischer als Deutschlands Linke. Im Kanton Zürich, neben London das erfolgreichste Finanzzentrum Europas, stimmten gar 70 Prozent der Wähler für eine Begrenzung der Managergehälter. Warum geschieht dies ausgerechnet im Alpin-Zentrum des Finanzkapitalismus? Einige Antworten:

Es ist bei uns weniger bekannt, dass sich die gleiche Prozentzahl von Schweizern (knapp 70 Prozent) im März 2012 gegen längeren Urlaub aussprach. Auch die Durchschnittsarbeitszeit von 41 Stunden in der Woche wird nicht als zu hoch empfunden. Was aber beide Volksabstimmungen verbindet, ist das Gefühl, dass leistungsloses Einkommen sündig ist. Nicht nur hochverdienende Vorstände, auch Erben und ausländische Steuerflüchtlinge wie Ingvar Kamprad und Michael Schumacher werden in der Schweiz nicht hoch angesehen. Ein Grund für den Erfolg der Abzocker-Initiative bestand darin, dass die Lobbyorganisation Économie Suisse mehrere Millionen Franken für eine Kampagne gegen die Initiative eingesetzt hatte. Die Schweizer empfinden dies als Verschwendung, nicht als Beitrag zur Meinungsbildung.

Eine der Erben des Pharmakonzerns Roche ist die Baslerin Beatrice Oeri. Sie finanziert u. a. eine dem Freitag abgeschautete Wochenzeitung, die Tageswoche, und kauft mit ihren Stiftungen zahlreiche Gebäude in Basel auf. Die von ihr mit unterstützte Bodeninitiative möchte in Basel gar per Kantonsbeschluss jede Spekulation mit Grund und Boden verbieten lassen. Bereits heute ist es in kaum

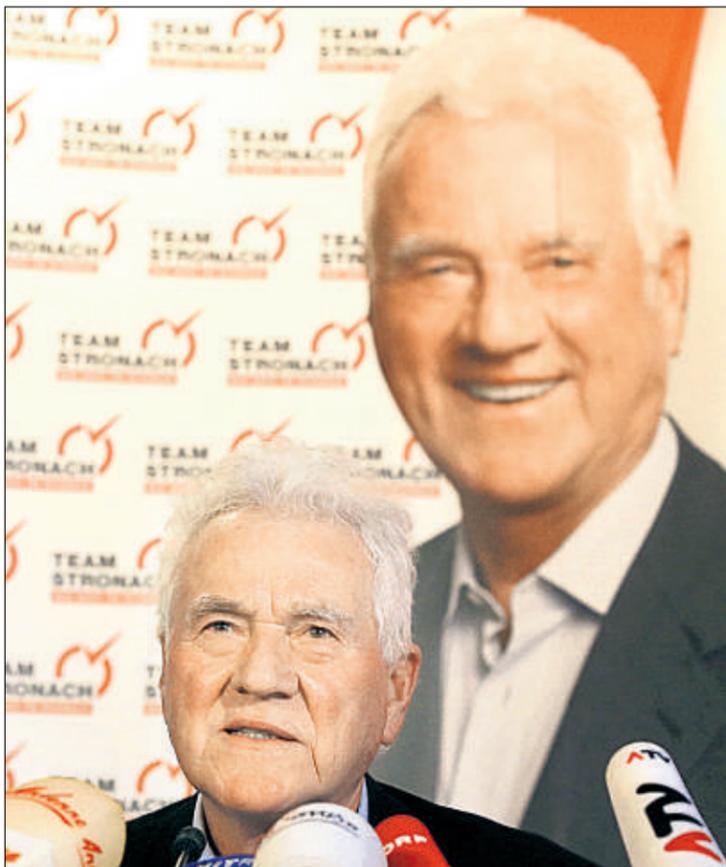
einer Schweizer Metropole mehr möglich, Grundstücke für Luxuswohnungsbau vorbei an Wohnungsbaugenossenschaften privat zu erwerben. Verbilligte und geförderte Wohnungen pflastern die Eidgenossenschaft von St. Gallen bis Genf. Die Mietsteigerungen werden staatlich vorgeschrieben. Da sich die Mietsteigerungen nach dem Referenzzinssatz richten, haben zahlreiche Mieter bei sinkenden Zinsen das Recht auf Mietminderung. Davon können Mieter in den Nachbarländern nur träumen.



Alexander Dill: Völker, hört die Signale der Eidgenossen? F.: privat

Als erster Schweizer Kanton hat auf die Initiative der Jungsozialisten der Kanton Jura auch einen gesetzlichen Mindestlohn für alle Branchen durch Volksabstimmung beschlossen. Der Mindestlohn, so die cleveren Jurassen, solle 65 Prozent des mittleren Lohnes in jeder Branche betragen. Da selbst im Jura nur in wenigen Berufen weniger als 30 Franken pro Stunde verdient wird, könnte der Mindestlohn vermutlich selbst um 30 Franken liegen. Das dürfte die rund 9000 Pendlers aus Frankreich freuen, die täglich über die Grenze pilgern. In Deutschland oder Österreich würde bei einer Forderung nach einem Mindestlohn von 25 Euro, der in Skandinavien und der Schweiz keineswegs ungewöhnlich ist, vermutlich der psychiatrische Notdienst gerufen. Selbst acht Euro pro Stunde gelten bei uns als völlig unnötiges Zugeständnis an die falsche Ansicht, auch Putzen, Gärtnern, Kochen, Servieren, Ausfahren, Frisieren und Altenpflege sei eine zu würdige Leistung.

Während EU-Sparkommissare in Griechenland, Spanien und Portugal Lohnsenkungen, Entlassungen und Privatisierungen predigen, während die USA ihre ohnehin minimalen Sozialleistungen und öffentlichen Gü-



„Frank“ hatte am Wahlabend mehr erwartet. Müsste der Mann der „Fairness“ und des „Hausverständs“, der „weiß, wie's geht“, sich nicht an den Schweizer Basisdemokraten ein Beispiel nehmen? Foto: APA

ter zusammenstreichen, senden Schweizer und Skandinavien also eine ganz andere Botschaft aus: Ihr seid nur etwas wert, wenn ihr euch auch selbst Wert gebt. Ihr werdet nur dann nicht entlassen, entrechtet und kolonialisiert, wenn sich eure Feinde den Angriff nicht leisten können.

Schweizer und Skandinavien schlagen mit ihren Staatsfonds und Gesetzen den Kapitalismus mit seinen eigenen Mitteln: Sie kaufen ihn einfach aus, indem sie ihm via Renditen- und Bonibeschränkung ausgerechnet das Mittel verwehren, das bisher seine größte Triebkraft darstellte, nämlich die Sehnsucht nach persönlichem Reichtum.

Ich behaupte: Sollte eine österreichische Partei diese Botschaften auch verbreiten, ist nicht auszuschließen, dass diese Partei wie Beppe Grillos MoVimento 5 Stelle mit 25,5 Prozent stärkste Kraft im Nationalrat wird. Frank Stronach ist dann nur noch eine Fußnote – es sei denn, er und sein „Team“ machten es programmatisch selbst den Schweizern nach ...

ALEXANDER DILL, Jg. 1959, Soziologe und Publizist, ist Vorstand des Baseler Instituts für Gemeingüter und Wirtschaftsforschung; jüngste Buchveröffentlichungen: „Gemeinsam sind wir reich“ (oekom-Verlag) und „Dein Staat gehört Dir – eine Abrechnung mit dem Wutbürgertum“ (erscheint im April).

PRESSESTIMMEN

So wie bei der Abstimmung selbst blieben die negativen Reaktionen auf die Forderung der Schweizer Volksinitiative auch auf den Kommentarseiten der internationalen Tagespresse deutlich in der Minderheit. Selbst Roger Köppel, Chefredakteur der nicht gerade für Kapitalismusfeindlichkeit bekannten Schweizer „Weltwoche“, spricht von einem „wunderbaren Beispiel der direkten Demokratie“. Hier eine der wenigen Ausnahmen aus der deutschen „Börsenzeitung“:

Man muss einen sachverständigen und intensiven Blick auf das Unternehmen, die Branche und die Vorstandsleistung haben, um beurteilen zu können, wann Angemessenheit in Abzockerei umschlägt. Eine so schwierige Frage dem Plebiszit der Aktionäre zu überantworten, mag die Schweizer Seele streicheln, führt aber zu völlig falschen Anreizen im Management.



HANS RAUSCHER

„Anschluss“: Der Raub von Österreichs Goldschatz



Österreichs Aufgehen im Dritten Reich vor 75 Jahren hat auch einen materiellen Aspekt, der noch immer

zu wenig beachtet wird: Hitler-Deutschland benötigte dringend die Wirtschaftskraft des – scheinbar – „lebensunfähigen“ Österreich.

Man kann sogar sagen, der „Anschluss“ Österreichs rettete das Dritte Reich vor dem Staatsbankrott. 1937/38 stand Deutschland vor einer veritablen finanziellen Krise. Hitlers Arbeitsbeschaffungsprogramme hatten zwar die würgende Arbeitslosigkeit beseitigt (weshalb sich auch in Österreich viele Augen bewundernd-sehnsüchtig zu ihm wandten), aber das war ganz überwiegend blanke Aufrüstungspolitik. Und diese Aufrüstung erfolgte praktisch nur auf Schulden und durch Gelddrucken.

Nur wenige Tage nach seiner „Machtergreifung“ im Jänner 1933 sprach Hitler seine Ziele vor zwei Topgremien klar an: Der Führung der Reichswehr erklärte er am 5. 2., dass er „Lebensraum“ im Osten mit der Waffe erobern wolle. Am 8. 2. eröffnete er seinen Ministern, dass jede neue Arbeitsbeschaffungsmaßnahme „unter dem Gesichtspunkt beurteilt werden müsse, ob sie notwendig sei für die ‚Wiederwehrhaftmachung‘ des deutschen Volkes“.

Die „ordentliche Beschäftigungspolitik des Dritten Reiches“ (Jörg Haider) beruhte also auf einer wahnwitzigen Rüstungspolitik zur Vorbereitung eines Eroberungskrieges. Ab 1934 waren Rüstungsausgaben der weitaus wichtigste Posten bei den Ausgaben für öffentliche Investitionen: von 49 Prozent 1934 auf 74 Prozent (!) 1938. Finanziert durch „Geldschöpfung“ der Notenbank.

Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht schrieb im

Jänner 1939 an Hitler, die „Reichsbank habe die Finanzierung der Rüstung weitgehend auf sich genommen, um aus dem Nichts, und anfangs noch dazu getarnt, eine Rüstung aufzustellen, die eine achtungsheischende Außenpolitik ermöglicht“. Dieser Brief markiert aber auch den endgültigen Bruch der beiden, denn Fachmann Schacht hatte schon ab Mitte 1937 erklärt, man könne mit dieser Art der Finanzierung nicht weitermachen. Deutschland näherte sich dem Staatsbankrott.

Die Rettung kam durch Österreichs Einverleibung im März 1938. Das Land litt unter einer rabiaten Sparpolitik, hatte aber Rohstoffe (Erze) und vor allem Devisen und Gold. Ende 1936 verfügte die Deutsche Reichsbank über 188,6 Millionen Reichsmark an Gold und Devisen, die Österreichische Nationalbank über 343,8 Mio. (!) RM. Fügt man die privaten Depots hinzu, die nach dem Anschluss über eine Abgabepflicht an die Reichsbank gingen, so „brachte Österreich an Gold und Devisen den 21-fachen Betrag dessen ein, was die Reichsbank an Barvermögen besaß“ (Hans-Erich Volkman, *Die NS-Wirtschaft in Vorbereitung des Krieges*). Der Leiter des deutschen Vierjahresplans, Hermann Göring, suchte außerdem verzweifelt nach Rohstoffen für die Aufrüstung.

Nach dem Krieg, im Hochverratsprozess gegen den Außenminister des Schuschnigg-Regimes, Guido Schmidt (Freispruch), sagte der Nationalökonom Richard Kerschagl als Zeuge: „Ich sehe immer mehr, dass das österreichische Problem ein Kampf um die 560 Millionen Schilling Gold war, die dagelegen sind und das Zünglein an der Waage für das Kriegspotenzial waren (...) Die Besetzung Österreichs war von deutscher Seite gesehen zu 50 Prozent der Raub des österreichischen Goldschatzes.“

hans.rauscher@derStandard.at

DAS AKTUELLE BUCH

Hinfallen, aufstehen, weitergehen ...

Die Salzburger Straßenzeitung *Apropos* ist ein parteiunabhängiges soziales Zeitungsprojekt, das seit seiner Gründung im Jahr 1997 Menschen in sozialen Schwierigkeiten hilft, sich selbst zu helfen. Seit ihrem Start verkauften insgesamt 400 Menschen in Not eine Million Zeitungen. Derzeit gibt es 50 *Apropos*-Verkäuferinnen und -Verkäufer, die obdachlos, wohnungslos und/oder langzeitarbeitslos sind bzw. waren. Sie kaufen *Apropos* um 1,25 Euro ein und verkaufen es um 2,50 Euro. Das regelmäßige Verkaufen bietet eine feste Tagesstruktur, bringt Verkäufer und Verkäuferinnen und Kunden miteinander in Kontakt und in Beziehung und hilft ihnen, sich wieder zu stabilisieren.

Zum 15-jährigen Bestehen des Hilfsprojekts initiierten Michaela Gründler, Anja Eichinger und Hans Steininger, als Team seit 1999 für *Apropos* als Herausgeber verantwortlich, eine Schreibwerkstätte zu Schlüsselwörtern wie „Irrweg, Lebensweg, Weggefährten und Weggabelung“. Mithilfe der Schriftsteller Christoph Janacs, Fritz Popp und Christina Repolust entstanden interessante Zugänge zum Thema, illustriert durch zahlreiche Fotos und ein abwechslungsreiches und äußerst ambitioniertes Grafikkonzept.



Die Autoren philosophieren über die Vielfalt der Wege, resümieren Ehe- und Berufswege, auf dem Weg liegengeliebene Träume, und rasonieren, teils im Galopp, teils bewusst ganz langsam dahingleitend, über kurvenreiche Strecken, den Weg über den Fluss, Richtung Himmel oder Hölle, dornige, steinige Wege, beschwören die Madonna der Landstraße. Kurz, es geht darum, wo etwas hinführt, sowie um „Hinfallen und Aufstehen“. Die Anthologie gerät keineswegs zum romantischen Roadmovie, sondern zur Sammlung sehr persönlicher Schicksale und Lebenswege.

Die 30 Autoren sind Stehaufmännchen, schmeißen sich immer wieder mit Kampfgeist, Mut und manchmal auch einer ordentlichen Portion Zorn zurück ins Leben. Leise und melancholisch hingegen die Töne der migrantischen Schreiberinnen und Schreiber: Von der Suche nach einem besseren Leben ist da oft die Rede, von der Zerrissenheit zwischen alter und neuer Heimat, von Dankbarkeit, Hoffnung und der Erkenntnis: „Jeder Weg hat einen Anfang, aber auch ein Ende.“

Gregor Auenhammer

Apropos-Lesebuch „So viele Wege“ (Hrsg.: Michaela Gründler, Anja Eichinger, Hans Steininger), € 14,- / 156 Seiten. Erhältlich in Salzburg bei jedem/r *Apropos*-Verkäufer/Verkäuferin. 50 Prozent des Verkaufspreises erhält direkt der Verkäufer/die Verkäuferin.